

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zusätzlich Zustellgebühr Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit

Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7 Jannowitz 1909. Postcheckkonto Berlin Nr. 604 60 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.)

NUMMER 314 A

BERLIN • Sonnabend, den 4. Februar 1933

2. JAHRGANG

Polizeifeldzug gegen links

AUS DEM INHALT:

Verdächtige Eile bei der Reichstagsauflösung.
Der Bürgerkrieg geht weiter.
Republikaner blicken auf Deutschland.
Massenstreiks in Rumänien.
Der Welthandel 1932.

Die nächste Aufgabe der Einheitsfrontarbeit.

W—er. Die Frist für die Einreichung von Wahlvorschlägen für die Wahl am 5. März läuft am 19. Februar ab. Die Reichsregierung hat den Termin für die Neuwahlen offenbar deshalb so früh angesetzt, weil sie den Rausch der Fackelzüge und Begrüßungstelegramme ausnutzen wollte zur Gewinnung einiger Stimmen. Freilich wird bei der Entwicklung, die der „präsidiale Gedanke“ und die „autoritäre Staatsführung“ seit einigen Jahren genommen haben, nur ein Tor damit rechnen, daß Hitler und Hugenberg sich in ihrem Gewissen sehr beschwert fühlen, wenn ihnen zur Ausübung ihrer bisher übereigneten Befugnisse am 5. März einige Prozent an Wählerstimmen das Ja verweigern. Im Gegenteil: Jeder weiß aus dem Ergebnis des Briefwechsels zwischen Hitler und Kaas, daß die jetzige Reichsregierung mindestens ein Jahr lang von der parlamentarischen Zustimmung unabhängig sein, d. h. also, daß sie mindestens ein Jahr lang nach Belieben schalten und walten wollte.

Was das bei einer Hitler-Hugenberg-Regierung bedeutet, geht aus den paar positiven Taten des Kabinetts deutlich hervor: Hitler hat die politischen Rechte der Arbeiterschaft zu vernichten und Hugenberg die sozialpolitischen.

Die Arbeiten dieser Regierung verlaufen also durchaus programmgemäß!

Den ziemlich sicheren Tod der Arbeiterbewegung vor Augen, glotzen die Führer der großen Arbeiterparteien wie Kaninchen, bevor die Schlange sie frißt, dieser in den Rachen — mit dem einzigen Unterschied, daß für sich betrachtet Menschen von Natur aus intelligenter und vernünftiger sind als Kaninchen. Der Vernichtungsfeldzug gegen die Arbeiterschaft nimmt von Tag zu Tag zu; schon längst erstreckt er sich nicht mehr nur auf kommunistische Organisationen, was vielleicht manche kleinaltlichen und hämischen Geister sogar von Arbeiterorganisationen befriedigen mochte, längst werden sozialdemokratische Kundgebungen verboten, sogar zentrale Kundgebungen in der Reichshauptstadt, und zwar deshalb, weil ein SA-Mann beerdigt wird. Dies alles geschieht

unter den Augen der Arbeiterschaft und ihrer Führer in täglich steigendem Maße

und „Vorwärts“ und „Rote Fahne“ schreiben lustig weiter wie einst im Mai, stellen sich auf den Tisch die duftigsten Erzeugnisse einiger in Verleumdungen begabter Redakteure und lassen in nichts erkennen, daß sie sich auch nur zum Teil verantwortlich fühlen von dem Schicksal der gesamten Arbeiterschaft.

Wir hatten vor einiger Zeit auf einige Artikel des „Vorwärts“ aufmerksam gemacht, die einen besinnlicheren Charakter aufwiesen und offenbar aus der Feder Paul Löbes stammten, der von den Sozialdemokraten mit am ehesten für eine nicht völlig verbogene Unterhaltung über die Einheitsfront zu haben ist. Auf diese Artikel, die keinerlei beachtenswertes Echo oder Eingehen durch die kommunistische Presse fanden, folgten dann bald andere, wie ein wehleidiger des dekadenten Friedrich Stampfer über die tapferen Kommuni-

Trommelfeuer auf die Arbeiterschaft.

Die preußische Polizei hat eine Sammelaktion für Papier veranstaltet, die bereits zu einer reichen Ausbeute geführt hat. In Ermangelung eines zugkräftigen Etiketts wird das beschlagnahmte Papier einseitig als „hochverräterische Schriften“ deklariert! Solche Beschlagnahmungen sind gemeldet aus dem Berliner Karl-Liebknecht-Haus, und den Essener und Düsseldorfer Geschäftsräumen der KPD. Kennzeichen für den hochverräterischen Inhalt der Schriften scheint nach den Polizeimeldungen das Vorkommen des Wortes „Generalstreik“ zu sein. Den Vogel in bezug auf Stümperhaftigkeit schoß die Wilhelmshavener Polizei ab, indem sie „bei sämtlichen führenden Wilhelmshavener Kommunisten eine Haussuchung durchführte, um belastendes Material zu bekommen“. Ergebnis: Null. Die Polizei entschuldigt sich damit, daß die KP-Führer nicht auf preußischem Boden, sondern in der oldenburgischen Nachbarschaft Rüstungen wohnen. Seit wann ist dies der Polizei bekannt? Zum Trost bemerkt sie: es sei anzunehmen, daß jetzt „auch im Oldenburgischen eine Haussuchung stattfinden werde“. Ob sie dies auch durch Rundfunk bekanntgemacht hat, wissen wir nicht. Es hat fast den Anschein, als sei der Leiter der Wilhelmshavener Polizei ein Kommunist!

Wie würde eine Einheitsfront sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiter, die in den Betrieben ohne viel Worte Hand in Hand arbeiten würden, mit solchen Polizei-Stümpfern fertigwerden!

Hochverrat! Hochverrat!

Gegen Bremer Kommunisten, die Flugblätter mit Generalstreikaufrufen herstellen lassen, wird ein Hochverratsverfahren eingeleitet werden.

Der Presse aufs Maul.

Der Kölner Regierungspräsident, aufgereizt durch die Heldentaten seines Düsseldorfer Kollegen, hat sämtliche ihm erreichbaren kommunistischen Zeitungen für 14 Tage verboten: die „Sozialistische Republik“ in Köln, die „Aachener Arbeiterzeitung“, die „Koblenzer Zeitung“, die „Volksstimme“ in Trier.

Nachdem der Düsseldorfer Regierungspräsident vorangegangen ist, ist das gesamte Rheinland für Wochen ohne kommunistische Presse.

Die Straße frei den braunen Bataillonen!

Die badische Regierung hat die Polizeibehörden angewiesen, Demonstrationen staatsfeindlicher Organisationen zu verbieten, falls von diesen bei Umzügen Beschimpfungen gegen die Reichs- und Landesregierung geäußert werden

sten, die trotz „eisigen Windes“ am Bülow-Platz demonstrierten, und bei denen es nur schade sei, daß sie vor solchen moralisch unzuverlässigen Leuten wie den kommunistischen Führern herumliefen, und andere Artikel, die deutlich zeigten, daß der „Vorwärts“ sich

auf den Wahlkampf vorbereitet.

Die „Rote Fahne“ hatte noch am Tage, als Hitler Reichskanzler wurde, Sperrüberschriften „Schutzwall von Hitler bis Wels vor Schleicher“ und sie bringt am Freitag auf der ersten Seite über drei Spalten die Überschrift: „Fußfall Braun-Severings vor Hitler“, unter der über die Reichsratsitzung vom Donnerstag berichtet wird, in der auf die Rede von Hitler Ministerialdirektor Brecht als Vertreter des Reichsrats Herrn Hitler geantwortet hat, und zwar, wie sich aus dem Text seiner Rede unzweifelhaft ergibt, mit allen anderen Anzeichen als denen der Fußfälligkeit. Abgesehen davon, daß Herr Brecht nicht Braun-Severing ist, hat auch Brecht keinen „Fußfall“ gemacht; denn daß Brecht nicht die Regierung Hitler-Hugenberg im Reichsrat erledigen kann, ist genau so sicher, wie daß der Kommunist Torgler die nationalsozialistische Demonstration am Bülow-Platz nicht durch einen bloßen frommen Wunsch verhindern konnte, sondern zur Unterstützung dieses Wunsches sich unter anderen (und zwar durchaus vernünftiger Weise!) zu — Herrn Schleicher begab. Wir hätten das Geheul des Fußballverfassers hören

oder die öffentliche Sicherheit gefährdet ist. Die Polizeidirektion Pforzheim hat bereits sämtliche kommunistische Demonstrationen verboten.

Im Freistaat Oldenburg sind alle Behörden angewiesen worden, Demonstrationen der Kommunistischen Partei und ihrer Hilfs- und Nebenorganisationen zu verbieten.

Eingriff in geschlossene Versammlung.

Zörgiebel, der auch unter Hitler noch Polizeipräsident in Dortmund ist, ließ vor Beginn einer kommunistischen Protestversammlung, in der in Dortmund Remmele gegen den Dresdener Polizeiterror sprechen sollte, die ersten Erschienenen (etwa 100) nach Waffen durchsuchen. Selbstverständlich war dafür gesorgt worden, daß ein Revolver und einige Messer gefunden wurden. Das nahm der Polizeioffizier zum Anlaß, die Kundgebung zu verbieten.

Natürlich: über das Thema „Polizeiterror“ öffentlich zu reden, kann Zörgiebel am wenigsten zulassen!

Der Rachezug gegen die Arbeiterschaft.

Dem Verbot aller kommunistischen Demonstrationen und Veranstaltungen unter freiem Himmel ist inzwischen eine weitere Schikane gefolgt: Der kommissarische preußische Innenminister hat einen Erlaß an die Landespolizeibehörden herausgeschickt, in dem er anordnet, daß auch Versammlungen der Kommunisten in geschlossenen Räumen sorgsam überwacht werden sollten, besonders im Hinblick auf Generalstreikparolen. Die Polizeibehörden sollten ferner die kommunistischen Sportvereinigungen beobachten.

Eine hohnvolle Begründung.

Das Verbot der sozialdemokratischen Sonntagsdemonstration ist nachträglich damit begründet worden, daß am selben Tage zur selben Zeit im Lustgarten eine andere Veranstaltung stattfindet, und daß nur eine der beiden Veranstaltungen genehmigt werden könne. Die andere Veranstaltung ist die pomphaft Beisetzungsfeierlichkeit des erschossenen Führers des beröchtigten Sturms 33.

Diese Feierlichkeit ist viel später angesetzt worden als die sozialdemokratische Kundgebung, und ganz abgesehen davon, daß es überhaupt ungehörig ist, einen Mann von so fragwürdigen Talenten wie Herrn Maikowski auf Staatskosten zu beerdigen, ist es schon aus Gründen formaler Gerechtigkeit unerhört, der Sozialdemokratischen Partei durch eine bloße Laune willfähriger Parteibeamter eine Kundgebung zu verbieten, für die sie erhebliche Unkosten aufgewandt hat.

mögen, wenn ein Arbeiterredakteur sich die pöbelhafte Bemerkung erlaubt hätte, Fußball Thälmann-Torglers vor Schleicher!

Wir bringen diese Sammlung der allerjüngsten Zeit, obwohl wir wissen, daß sie nur Unerfreuliches enthält, und obwohl wir nach wie vor der Meinung sind, daß die Abkehr von solchen Methoden der Verhetzung die erste Anforderung an eine Gesundung der Auseinandersetzung innerhalb der Arbeiterschaft darstellt. Wir bringen diese ekelhaften Entartungen einer offenbar ahnungslosen Arbeiterführerschaft hier so offen zur Sprache, weil wir wissen, daß diese Denk- und Schreibweise nicht die der Kommunisten oder der Sozialdemokraten ist (nicht einmal der Redakteure!), und weil wir die Genossen aus allen Parteien auffordern wollen und müssen,

dieser Art von proletarischen Zeitungsschreibern ernsthaft beizubringen, daß eine proletarische Zeitung und ein bürgerliches Revolverblatt von einander verschieden sind.

Wo solche Methoden einreißen, wie in der von uns hier nur kurz angedeuteten Art, wo also die proletarische Solidarität nicht einmal vor tatsächlichen Lügen zurückschreckt, wo soll sie da zurückschrecken vor geistigen und moralischen Schwindeleien, deren Hinter-

gründe viel tiefer liegen, deren Vermeidung also eine viel peinlichere persönliche Sauberkeit erfordern.

Die Gefahr, daß die Arbeiterschaft unter Ausnutzung der sie verhetzenden Interessenten aus ihren eigenen Reihen durch Hitler und seine Freunde vollends auseinandergespalten und dann mühelos geschlagen wird, ist kaum noch eine bloße Gefahr. Gegen die Verhetzer aus ihren eigenen Reihen können wir nur die Genossen selber anrufen. Wir rufen sie darüber hinaus dazu auf, wie wir das seit langem tun, über diese negative Anforderung hinaus vorzustößen zu der positiven von einigenden Aktionen. Für die bevorstehende Wahl ergibt sich eine besonders nachhaltige und dringende in ihrer Abgrenztheit leicht zu übersehende und durchführbare Aufgabe. Wir können sie hier am kürzesten darstellen durch die Wiederholung des Aufrufes, den zum 31. Juli 1932 Menschen aus den verschiedensten Kreisen an die Arbeiteröffentlichkeit gerichtet haben:

Vorbildliche Einheitsfrontkundgebung.

P. S. In Offenbach a. M. kam am Mittwoch eine Demonstration der Arbeiterschaft gegen den Faschismus zustande, die als vorbildlich gelten kann. In gemeinsamem Zuge marschierten sämtliche Arbeiterparteien von SPD bis KPD. Die Demonstration war nur wenige Stunden vorher angesagt worden, und doch wurde sie zu einer mächtigen Kundgebung, wie sie Offenbach kaum zuvor gesehen hatte. Der marschierenden Einheitsfront wurden von den die Straßen füllenden Einwohnern dieser Arbeiterstadt immer wieder

zustimmende und begeisterte Zurufe gemacht. Zum Abschluß der Kundgebung sprachen je ein Redner der SAP, der SPD und der KPD, die alle einmütig betonten, daß das Trennende beiseite geschoben und unter Vergangenes ein Strich gemacht werden müsse. Der geschlossene Kampf der Arbeiterschaft gelte der Reaktion und dem Faschismus.

Die Einheitsfront solle nicht nur für den Augenblick sein, sie müsse werden zur dauernden Einheit des Proletariats!

Dringender Appell!

Vernichtung aller persönlichen und politischen Freiheit in Deutschland steht unmittelbar bevor, wenn es nicht in letzter Minute gelingt, unbeschadet von Prinzipiengegensätzen alle Kräfte zusammenzufassen, die in der Ablehnung des Faschismus einig sind. Die nächste Gelegenheit dazu ist der 31. Juli. Es gilt diese Gelegenheit zu nutzen und

endlich einen Schritt zu tun

zum Aufbau einer einheitlichen Arbeiterfront, die nicht nur für die parlamentarische, sondern auch für die weitere Abwehr notwendig sein wird.

Wir richten an jeden, der diese Ueberzeugung mit uns teilt, den dringenden Appell, zu helfen, daß ein Zusammengehen der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei für diesen Wahlkampf zustande kommt, am besten in der Form gemeinsamer Kandidatenlisten, mindestens jedoch in der Form von Listenverbindung. Insbesondere in den großen Arbeiterorganisationen, nicht nur in den Parteien, kommt es darauf an, hierzu allen erdenklichen Einfluß aufzubringen.

Sorgen wir dafür, daß nicht Trägheit der Natur und Feigheit des Herzens uns in die Barbarei versinken lassen!

Abrüstungskonferenz oder Aufrüstungskonferenz?

Das zweite Jahr.

H. M. In der Rede, die er zur Wiedereröffnung der Abrüstungskonferenz am Donnerstag in Genf hielt, bezeichnete Henderson, der Präsident der Konferenz, die Abrüstungsarbeiten des vergangenen Jahres als eine tiefe Enttäuschung. Abgesehen von Rüstungsindustriellen, Generälen und anderen Kriegsinteressenten wird ihm in bezug auf dieses Urteil höchstens noch von denen widersprochen werden, die mit uns behaupten, daß jeder, der die politische Lage einigermaßen überblickte, dieses Ergebnis voraussehen konnte.

Das zweite Jahr der Abrüstungskonferenz, von dem Henderson erwartet, daß es innerhalb der nächsten Monate die großen Entscheidungen herbeiführen wird, hat nun begonnen.

Das erste Kennzeichen dieses zweiten Jahres ist der Mangel an Interesse, das der Konferenz in der Öffentlichkeit entgegengebracht wird. Es liegt nicht nur daran, daß besonders in Deutschland und Frankreich innenpolitische Fragen von großer Bedeutung das Interesse der Öffentlichkeit in Anspruch nehmen. Der Grund ist vielmehr, daß niemand mehr von der Konferenz etwas erwartet, was auch nur einen Schritt zur Abrüstung und größeren Sicherheit für den Frieden darstellt. Während dieses Jahres der Abrüstungskonferenz ist die Ueberzeugung von der Unvermeidlichkeit neuer Kriege, die nicht einmal in allzu ferner Zukunft drohen, ungeheuer gestiegen, statt der Abrüstung ist der Luftschutz propagiert und weitgehend verwirklicht worden.

Die zweite Tatsache, die den Wiederbeginn der Abrüstungskonferenz kennzeichnet: der weitere Vormarsch der Japaner in China, während die Hoffnung, daß der Völkerbund oder einzelne Mächte diesen Vormarsch hindern werden, im vergangenen Jahre endgültig begraben werden mußte.

Die dritte Tatsache: Die Ernennung Hitlers zum Kanzler des Deutschen Reiches, wodurch das Mißtrauen, das im Ausland — mit Recht — gegen Deutschland gehegt wird, weiter genährt und die Kriegsgefahr vergrößert wird.

Die vierte Tatsache: Die gestiegene Spannung zwischen Deutschland und Polen und die Lockerung der französisch-polnischen Beziehungen.

Die fünfte Tatsache: Das Aufflammen des italienisch-jugoslawischen Konflikts und das Mißlingen der französisch-italienischen Verständigung.

Die sechste Tatsache: Das Bestreben der britischen Regierung, sich möglichst wenig um die europäische Politik zu kümmern, aber möglicherweise durch Stärkung Deutschlands die Vormachtstellung Frankreichs auf dem Kontinent zu schwächen.

Vor allem aber sind die Abrüstungsverhandlungen beherrscht von der „Gleichberechtigungs“-Forderung der Deutschen Regierung, durch deren Anerkennung die Abrüstungskonferenz zur Aufrüstungskonferenz wird, da die Großmächte ganz offensichtlich nicht die Absicht haben, ihre Rüstungen auch nur annähernd auf den im Versailler Vertrag für Deutschland vorgeschriebenen Stand zu senken.

Die Pläne, die in Genf jetzt zur Debatte stehen, sind erstens der französische „konstruktive Plan“ und zweitens der englische Vermittlungsvorschlag.

Ueber den französischen Plan sagte der Vertreter der französischen Regierung, Massigni, er sei auf dem Grundsatz aufgebaut, daß zwischen der Abrüstung und der Organisation der Sicherheit ein unlösbares Band bestehe, daß die Durchführung der Abrüstung nur etappenweise erfolgen könne und die Wiederherstellung des allgemeinen Vertrauens die unerlässliche Vorbedingung wäre. Die etappenweise Abrüstung schließt von vornherein jede neue Aufrüstung aus. Für eine sofortige vollständige und allgemeine Abrüstung sei es unmöglich, die notwendigen politischen und technischen Bedingungen zu schaffen. Die französische Regierung wolle daher die Abrüstung zunächst im Rahmen der europäischen Staaten in Angriff nehmen, wobei die außereuropäischen Staaten ihre eigenen Verpflichtungen zu übernehmen hätten. Die französische Regierung lege eine entscheidende Bedeutung auf die allgemeine Kontrolle und die internationale Organisation der Kontrolle der Zivilluftfahrt.

Gegen den französischen Plan sprach der deutsche Außenminister. Seine Angriffe richteten sich hauptsächlich gegen die Verknüpfung der Abrüstung mit der Sicherheit, ferner dagegen, daß in dem Plan keine positiven Vorschläge für die Durchführung der Abrüstung gemacht werden. Außerdem

kommt die Art, in der Neurath über die Idee der Völkerbundsarmee und die Internationalisierung der zivilen Luftfahrt sprach, einer Ablehnung gleich.

Auch der Vertreter Italiens, Graf Aloisi, sprach sehr scharf gegen den französischen Plan. Auch hier der Angriff gegen die französische Idee der Verbindung der Abrüstung mit einem System zur Sicherung des Friedens.

In Genf sieht sich die französische Regierung also einer deutsch-italienischen Front gegenüber, jener Front, die in Paris der Gegenstand größter Furcht, in Berlin seit langem das Ziel heißer Wünsche ist. Seit Hitlers Kanzlerschaft scheint in Rom die Sympathie für eine derartige Front zuzunehmen. Entsprechend sinkt die Aussicht auf eine Verständigung Frankreichs mit Deutschland und Italien, die eine Vorbedingung für die Sicherheit Frankreichs ist. Wer dächte da noch an Abrüstung?

Obwohl sich wohl die Genfer Diplomaten hinsichtlich des weiteren Verlaufs der Genfer Konferenz keine Illusionen hingeben haben, hat der erste Tag der Konferenz in Genf und Paris wie eine kalte Dusche gewirkt. Besonders der einzige Punkt, in dem Nodony dem französischen Plan zustimmte, wird allgemein hervorgehoben: Er sagte, er sei mit der Vereinheitlichung der Heere nach dem Prinzip, daß ein Armeeteil mit langer und ein anderer mit kurzer Dienstzeit nebeneinander bestünden, völlig einverstanden. In dem französischen Plan ist zwar von der Vereinheitlichung der Heere, aber nicht von der Aufrechterhaltung von Truppen mit langer Dienstzeit (abgesehen von der Kolonialarmee) die Rede. Was sich der Vertreter Deutschlands bei der Verdrehung dieses Teils des französischen Plans dachte, ist nicht schwer zu erraten:

einerseits die Aufrechterhaltung der Reichswehr, andererseits die Einführung einer Miliz nach italienischem Muster, die sich wahrscheinlich hauptsächlich aus SA und „Stahlhelm“ zusammensetzen würde.

Daß so etwas im Ausland nicht gerade beruhigend wirkt, kann man sich leicht vorstellen.

Angesichts der scharfen Ablehnung, auf die der französische Plan auf Seiten Deutschlands und Italiens stößt, versucht die britische Regierung, ihre Vermittlertätigkeit so rasch wie möglich zu beginnen. Daß die Konferenz, wenn sie nicht völlig ergebnislos abgebrochen wird, zu einem dem britischen ähnlichen Plan kommen wird, wird allgemein auch in der französischen Presse angenommen. Die britische Regierung wünscht nun, daß verantwortliche französische und deutsche Minister möglichst bald in Genf zusammentreffen — der britische Außenminister wird natürlich nicht fehlen — um in engem Kreise wiederum die alte Frage zu besprechen, wie die deutsche „Gleichberechtigungs“-Forderung mit der französischen Sicherheits-Forderung in Einklang zu bringen ist.

Kein Nationalismus ohne Mörder

In Japan wurden 14 Mitglieder einer nationalistischen Geheimorganisation verhaftet. Sie hatten an der Ermordung des Ministerpräsidenten Inukai teilgenommen und gestehen ihre Tat ein: Sie hätten nur diejenigen politischen Elemente entfernen wollen, deren Tätigkeit Japans nationalen Willen gefährde. Der Attentäter, der versuchte, den japanischen Justizminister Kojama mit Blausäure umzubringen, gehört derselben Organisation an.

Die meisten dieser Mörder gehören dem Heer oder der Marine an. Es handelt sich wohl um Mitglieder der „Verbände junger Offiziere“. Diese Offiziersverbände bilden zusammen mit der Massenorganisation der „Vereine ehemaliger Soldaten“ (4 Millionen Mitglieder) den Block des faschistischen Nationalismus in Japan. Der Führer dieser Bewegung ist der Kriegsminister Araki. Parolen der Bewegung: gegen das Parlament, gegen die Parteien-Korruption.

Neuer Vorstoß der Reaktion in Belgien.

Nachdem der belgische Kriegsminister, wie wir gestern berichteten, durch einen Erlaß den Postbezug der SP-Zeitung „Le Peuple“ in Kasernen untersagt hat, hat nunmehr die Kammer mit 84 gegen 69 Stimmen beschlossen, daß der Verkauf und das Lesen des „Peuple“ in Kasernen verboten wird.

Republikaner blicken auf Deutschland.

Französische Pressestimmen zur Regierung Hitler.

G. K. Paris, den 1. Februar.

„Victoire“, die Zeitung des französischen Nationalsozialisten Hervé, begrüßt die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler mit einem Aufsatz, der die Überschrift trägt: „Glückliches Deutschland“. Denn Deutschland habe sich endlich von der roten Herrschaft der Nachkriegszeit freigemacht und sei zum Regime des starken Mannes übergegangen, ein Ereignis, das hoffentlich Frankreich als Beispiel dienen werde. Gefahr eines Krieges bestände übrigens nicht, wenn nur die französische Regierung sich auf eine Revision des Versailler Vertrages einlasse, was zu tun Hervé ihr seit langem empfiehlt.

Ganz anders ist die Stellungnahme der Zeitungen, denen es vor allem um die Durchführung des französischen Plans der „Sicherheit und Abrüstung“ zu tun ist: also die der Radikalsocialisten („Ere Nouvelle“) und der Rechtsrepublikaner („Temps“).

Sie sehen in der Ernennung Hitlers eine Gefährdung der Abrüstungskonferenz und damit die Gefahr von Kriegen.

Und sie starrten nicht wie gebannt auf die Ereignisse in Deutschland, sondern verlangen eine energische Gegenaktion. „Ere Nouvelle“, das jetzige Regierungsorgan, schreibt in einem Leitartikel:

„Sehen wir uns den Weg an, den Deutschland durchlaufen hat. Betrachten wir die Regierungen der Reihe nach. Vor wenigen Jahren noch war die Sozialdemokratie an der Macht. Sie überließ ihre Macht den Demokraten und dem Zentrum. Gestern regierte noch Brüning. Seitdem überstürzten sich die Ereignisse. Von Brüning gelangen wir zu dem Junker von Papen. Von Papen führt der Weg zum General von Schleicher und zur Diktatur der Reichswehr. Und es ist ganz natürlich und logisch, daß wir jetzt bei Hitler angelangt sind. Es ist nicht schwer zu raten, wem Deutschland nach Hitler seine Geschicke anvertrauen wird.“

So ist die Lage. Sie wird gekennzeichnet durch die Erklärung des Begleiters Hitlers, des Herrn Göring:

„Jetzt sind wir“, sagte er, „wieder zu den schönen Tagen des Augusts 1914 zurückgekehrt.“

Frankreich ist also klar und deutlich gewarnt. Frankreich hat nicht das Recht, eine Vogelstraußpolitik zu betreiben. Die Ernennung Hitlers, systematisch vorbereitet und logisch unvermeidlich, ist für Deutschland von unabweisbarer Wichtigkeit. Sie bedeutet die Wiederherstellung des Deutschlands der Vorkriegszeit, genauer noch: des Deutschlands von 1914, das den Krieg entfesselt hat und seine Truppen auf Belgien und Frankreich losließ.

Wir haben eben gesagt, daß dieses Ereignis die natürliche Folge dessen ist, was sich in Deutschland in den letzten Jahren ereignet hat, und daß man nur die Politik jenseits des Rheins zu beobachten brauchte, um voraussehen zu können, was jetzt eingetreten ist. Unsere Regierungen mußten also von denen gewarnt sein, die damit beauftragt sind, die Entwicklung der deutschen Politik zu verfolgen. Sind sie es? Wir wagen es zu hoffen; wenn sie es nicht waren, wäre es ein schwerer Fehler.

Denn unsere ganze Politik auf der Abrüstungskonferenz muß von der Tatsache beherrscht sein, daß Hitler jetzt an der Spitze der Geschäfte des Reiches steht,

und zwar nicht nur, weil Hitler den Triumph des imperialistischen Deutschlands darstellt und die Restauration der Hohenzollern vorbereitet, sondern auch

weil die deutsche Armee sofort offiziell zu einer der mächtigsten Armeen der Welt wird.

Die Nazitruppen können nicht mehr als eine Partelorganisation gelten: sie sind jetzt in den Dienst des Staates gestellt. Diese Hitler-Milizen, wie die faschistischen Milizen in Italien, verstärken die Reichswehr, vervollständigen sie und vervielfachen ihre Macht.

Hitler hat also die Mittel, Hilfsquellen und nötigen Kräfte, um seine Träume der Hegemonie zu verwirklichen, die Verträge zu brechen und den Frieden zu gefährden. An uns ist es, dem Rechnung zu tragen und unsere Politik einer Lage anzupassen, die ernster ist als je zuvor.“

Dies die Stimme der Regierungspresse. Die Zeitung des Allgemeinen Französischen Gewerkschaftsbundes („Peuple“), schreibt heute, man habe nicht zu fürchten, daß Hitler seine schlimmen Absichten verwirkliche; denn seine Regierung werde vor allen Dingen mit dem unlösbaren Gegensatz von Großgrundbesitzern und Industriellen zu tun haben. Da Hitler auch nicht im Stande sein werde, die Schwierigkeiten des heutigen Deutschland zu beseitigen, werde auch er schließlich fallen. „Peuple“ verkennt zwar nicht, daß inzwischen das deutsche Volk eine schwere Zeit durchmachen werde. Aber es nimmt die Lage in Deutschland zu leicht, wenn es über die vielfachen Konflikte innerhalb der herrschenden Klasse das einmütige Ziel der gesamten Reaktion: die Vernichtung der organisierten Arbeiterschaft, übersieht oder die Gefahr, die dem Proletariat, nicht nur vorübergehend, sondern vielleicht auf lange Zeit daraus erwächst, unterschätzt. Daß in der Gewerkschaftszeitung gerade in diesem Punkt die Lage in Deutschland falsch eingeschätzt wird, ist bedauerlich, aber nicht zu verwundern, wenn man sich den Eindruck vergegenwärtigt, den die passive Haltung der deutschen Gewerkschaften und der SPD im Ausland macht.

Die Ereignisse in Deutschland bilden in Frankreich wieder den Hauptgesprächsstoff. Sie stehen weit mehr im Vordergrund des Interesses, als etwa die französische Regierungskrise. Manches bittere Wort über die Deutschen, die einen neuen Krieg heraufzubeschwören drohen, fällt dabei. Aber es machen sich auch Stimmen bemerkbar, die zur Ruhe und Kaltblütigkeit mahnen und hoffen lassen, daß man in Frankreich, angesichts der bedrohlichen Lage in Deutschland, nicht den Kopf verliert und auch nicht auf dem Wege des kriegerischen Nationalismus nachfolgt.

Franzosen und Briten sind von Natur Ganz ohne Gemüt, Gemüt hat nur Der Deutsche — — —

In welchem Maße es den Briten an Gemüt mangelt, hat erst neulich wieder das Gericht von Margate bewiesen, das sich nicht scheute, den Herzog von Manchester — der zwar nur neun adlige Ahnen hat, aber doch immerhin ein Herzog ist! — zu einer Gefängnisstrafe von sechs Wochen zu verurteilen, da er einen Gerichtstermin nicht eingehalten hatte. Bewährungsfrist wurde ihm nicht gewährt.

So etwas könnte auch dem einfachsten Freiherrn in Deutschland nicht passieren!

Die englische Ausgabe des „ISK“.

(2. Band, Heft 3) enthält einen Aufsatz von E. Moore über „die ‚nationale‘ Regierung, Imperialismus und Krieg“. Moore zeigt die Fronten, an denen die Britische Regierung Krieg führt oder unterstützt oder an denen sie zum Kriege rüstet: **Indien**, wo der wildeste Terror gegen die Bevölkerung ausgeübt wird, die es wagt, sich gegen die britische Raubherrschaft aufzulehnen; **Irland**, wo es den britischen Imperialisten nicht darum zu tun ist, daß ihnen ein Treueid geschworen wird, sondern, wie Lloyd George in dankenswerter Offenheit im Unterhaus erklärte, daß Irland England als Militärstützpunkt erhalten bleibe und als Reservoir, aus dem die britische Armee Rekruten schöpfen kann. Wird die britische Regierung nicht bereit sein, dieses wichtige Gebiet mit Waffengewalt gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen irischer Republikaner zu verteidigen?

Daß **Japan**, ungehindert von den übrigen Mitgliedern des Völkerbundes und Unterzeichnern des Kelllogg-Paktes, seinen Raubzug nach China unternehmen konnte, ist nicht zuletzt dem Konto der britischen Regierung gutschreiben, die das Verfahren des Völkerbundes, Japan zu nichts anderem zu verpflichten als zu der allmählichen Zurückziehung der Truppen, im Maß, wie die Lage sich bessert, und dann die Lytton-Kommission nach dem Fernen Osten zu entsenden, warm empfohlen hat. Großbritannien ist auf den Versuch der USA, Japan durch ein Ultimatum zu schrecken, nicht eingegangen.

Auf der Abrüstungskonferenz hat die Britische Regierung Pläne ausgearbeitet, die ihr selber die „zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen in den verschiedenen Teilen der Welt“ notwendigen Waffen sicherte. Diese „Verpflichtungen“ bestehen vor allem in der Bekämpfung von Aufständen unterdrückter Völker.

In der Frage der deutschen „Gleichberechtigungs“-Forderung hat die Britische Regierung die deutschen Generäle und Junker einige Male in ihrer Politik ermuntert, da sie erstens nicht gewillt ist, auf den Rüstungsstand Deutschlands herunterzugehen, andererseits ein Gegengewicht gegen Frankreich auf dem europäischen Kontinent begründen würde. Gerade durch ein solches Gegengewicht wird aber die Kriegsgefahr weiter vergrößert.

Eine weitere Bedrohung des Friedens durch die britische Regierung liegt in der Einführung und starken Erhöhung der **Zölle**, durch die die nationalen Gegensätze verschärft und die Krise weiter verschlimmert wird.

Zur Verhinderung des Krieges sind schon jetzt Maßnahmen erforderlich, damit ein Umfallen der Gewerkschaften, wie es 1914 erfolgte, verhindert wird. Außerdem ist es, auch im Interesse der Verhinderung eines Krieges, erforderlich, daß die Gewerkschaften alle Macht zur Verminderung des Erwerbslosenheeres einsetzen, damit den Kapitalisten nicht ein Millionenheer ausgehungerten Proletarier als Kanonenfutter zur Verfügung steht.

Das Heft enthält ferner einen Aufsatz von G. F. Green über

„Katholizismus und die britische Arbeiterbewegung“. Hier wird deutlich gezeigt, wie es der katholischen Kirche — die in England nur 5 Prozent der Bevölkerung zu Anhängern hat — durch zähe Arbeit gelungen ist, in die Arbeiterbewegung einzudringen. Die Labour Party kapituliert vor ihr, um keine Gelegenheit zum Stimmenfang vorbegehen zu lassen, die Gewerkschaften, weil die Kirche mit „der Entziehung finanzieller und moralischer Unterstützung durch christliche Arbeiter“ drohte. Auch die ILP hat innerhalb der Labour Party nichts gegen die Katholiken unternommen, sogar die KP erklärt, daß sie „die Hilfe und Mitgliedschaft ehrlicher revolutionärer Arbeiter, die noch ein gewisses Maß religiösen Glaubens haben, nicht verweigern kann“. (Daß mit diesem „religiösen Glauben“ Anhängerschaft an die Kirche gemeint ist, geht aus dem Vorhergehenden hervor.) Die wichtigste kulturpolitische Aufgabe der britischen Arbeiter ist es darum, der Katholischen Aktion eine Weltliche Aktion entgegenzustellen.

Das Heft ist zu beziehen durch die Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H., Berlin SW 19, Inselstraße 8a. Preis: 20 Pfennig.

Gegen Rechtsnot und Sonderjustiz!

O. B. Ueber dieses Thema sprach am 31. Januar in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung in Braunschweig, die von der IHV, dem ISK, der KPD-O und der SAP im „Sächsischen Hof“ einberufen war, der Genosse Rechtsanwalt Erich Lewinski (Kassel).

Ausgehend vom Fall Bartl schilderte er anhand vieler von ihm selber erlebter Fälle die Funktionen von Gesetzgebung und Rechtsprechung in der heutigen Klassengesellschaft, besonders aber die politische Justiz der jüngsten Zeit und ihre unerhörten Urteile gegen linksstehende Arbeiter. Zwei Zahlen riefen besonderes Erstaunen bei den Versammelten hervor: Während der 12 Jahre unter Bismarcks Sozialistengesetz wurden insgesamt etwa 1000 Jahre Freiheitsstrafen wegen Verstößen gegen dieses Gesetz verhängt. Das Republikenschutzgesetz aber brachte allein in den Jahren 1924/25 vorwiegend linksstehenden Personen etwa 5000 Jahre Freiheitsstrafen!

Gegen diese Rechtsnot gilt es wie im Fall Dreyfus das Rechtsempfinden weitester Kreise wachzurütteln. Die endgültige Überwindung dieser „Justiz ohne Recht“ aber ist eine Aufgabe des politischen Kampfes. Nur ein sozialistischer Staat kann endgültig mit dieser Rechtsnot aufräumen. Mit dem heute ganz besonders dringenden Appell zur Schaffung der proletarischen Einheit für den politischen Kampf schloß der Genosse Lewinski unter starkem Beifall der Versammlung seine Rede.

Die Diskussion verlief trotz Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der IHV und der Roten Hilfe außerordent-

lich sachlich. Mehrere Diskussionsredner wünschten von ganzem Herzen, daß in den Hilfsorganisationen der Arbeiterschaft recht bald die Voraussetzungen für eine Verschmelzung dieser Organisationen dadurch gegeben werden mögen, daß man sich frei mache von der Gängelung durch politische Parteien.

Gegen drei Fälle schlimmer Rechtsbeugung, nämlich gegen das Todesurteil im Fall Bartl, gegen die Einkerkung der amerikanischen Genossen **Mooney** und **Billings** und die unschuldige Einsperrung einiger Braunschweiger Genossen in monatelanger Untersuchungshaft wurden Protestresolutionen einstimmig angenommen und den verantwortlichen Stellen zugeandt.

Die Versammlung wurde geschlossen mit einem nochmaligen Appell zur Bildung der proletarischen Einheit.

Protestresolution.

Die am 31. Januar 1933 von der Internationalen Hilfsvereinigung (IHV), dem Internationalen Sozialistischen Kampf-Bund (ISK), der Kommunistischen Partei (Opposition) und der Sozialistischen Arbeiter-Partei (SAP) einberufene öffentliche Versammlung im „Sächsischen Hof“, Braunschweig, erhebt schärfsten Protest gegen das Justizverbrechen, das an den beiden Arbeiterführern **Tom Mooney** und **Warren Billings** im Staate Kalifornien (USA) begangen worden ist, und die nunmehr schon 16 Jahre im Kerker schmachten.

Die Versammlung fordert sofortige Freilassung von **Mooney** und **Billings** und gelobt, alle Kräfte für den Kampf um das Recht und gegen diese Justizschmach zu mobilisieren.

Wahlkampf der Nazis eröffnet — mit Ehrabschneiderei

Der Nazi-Abgeordnete **Freisler** ist Anfang Juli 1932 durch einen im preußischen Landtag eingebrachten Antrag gegen den Polizeivizepräsidenten **Weiß** bekanntgeworden, jenen Antrag, der an Schmutzigkeit der Gesinnung alles bis dahin dem Landtag Gebotene überstieg. **Freisler** hat nun den Nachweis erbracht, daß man als führendes Mitglied der Nazi-Partei ähnliche Schurkenakte auch dann noch ungeahndet verüben kann, wenn diese Partei inzwischen die Partei des amtierenden Reichskanzlers geworden ist.

Am Mittwoch trat der sogenannte

Zarnow-Ausschuß des Landtages

zusammen — ein Ausschuß zur Prüfung der Verleumdungen und Denunziationen, die in **Zarnows** Broschüre „Gefesselte Justiz“ zusammengetragen worden sind. Vorsitzender des Ausschusses ist **Freisler**. In dieser Sitzung sollte die Beweisaufnahme über angebliche Beihilfe des Justizrats **Werthauer** an einem Betrug **Kutiskers** an der preußischen Staatsbank begonnen werden.

Freisler begann mit einer Rede von mehr als einer

Stunde. Dabei verlas er die fraglichen Kapitel aus **Zarnows** Broschüre und brachte eine Reihe von Denunziationen gegen **Werthauer** und **Kutisker** vor. Protestierende Zwischenrufe beantwortete er mit dem Hinweis auf seine „Pflicht, die Öffentlichkeit über die Bedeutung der kommenden Beweisaufnahme zu belehren“; er sprach von den jetzt zu vernehmenden Zeugen, von dem Beweisschema, nach dem die Beweisaufnahme geführt werden solle. Plötzlich: „Da der Landtag am Sonnabend aufgelöst wird, schließe ich hiermit die Sitzung.“

Es gab Krach mit den Sozialdemokraten, fast eine Schlägerei. Der Ausschuß flog auf.

Der „Vorwärts“ tröstet sich mit dem Hinweis, daß die Nazis Angst vor der Beweisaufnahme gehabt hätten, die ihre Denunziationen als Verleumdungen entlarvt haben würde. Wir vermissen aber, daß die Sozialdemokraten ihr Recht auf Entlarvung der Verleumdungen vertreten hätten. Es gibt doch eine Geschäftsordnung und in ihr zweifellos eine Möglichkeit, die Beweisaufnahme ohne **Freisler** zu vollziehen!

Anpassungsfähigkeit deutscher Hochschulrektoren.

Die Wünsche der NS-Raufbolde restlos befriedigt.

Am Dienstag überreichte eine Abordnung der nationalsozialistischen Studentenschaft dem Rektor der Breslauer Universität, Professor **Dr. Brockelmann**, ein Schreiben, in dem die nationalsozialistischen Studenten ihre Forderungen zum Falle **Cohn** niedergelegt hatten. In den in fünf Punkte gegliederten Wünschen wird u. a. die Zurückziehung der Kriminalpolizei aus der Universität, sowie

die Zusage verlangt, daß die Polizei in Zukunft nicht mehr in die Universität berufen wird.

Weiter soll das juristische Seminar baldigst in vollem Umfange seinem ursprünglichen Zwecke zurückgegeben werden und eine

Unterbrechung der Vorlesungen **Professor Cohns**

bis zur endgültigen Entscheidung durch das neue preußische Kultusministerium stattfinden. Schließlich sollen die Wieder-

aufnahmegesuche der vom Disziplinargericht der Universität verurteilten Studenten bei dem preußischen Ministerium durch den Rektor befürwortet werden.

Der stellvertretende Gruppenhochschulführer teilte später der nationalsozialistischen Studentenschaft mit, daß der Rektor eine zusagende Antwort auf diese Wünsche erteilt habe.

Der Rektor der Breslauer Universität hat Professor **Cohn** mitgeteilt, daß er für seine und seiner Hörer Sicherheit bei der jetzigen Lage an der Universität keine Gewähr übernehmen könne. **Cohn** hat daraufhin seine Vorlesungen eingestellt und sich beim Ministerium beschwert.

Hilfsärzte gesucht.

Wie das Städtische Nachrichtenamt Berlin mitteilt, werden infolge der wachsenden Zahl von Grippekrankungen Assistenz- und Hilfsärzte für die städtischen Krankenhäuser gesucht. Meldungen werden von der Zentrale der Gesundheitsverwaltung der Stadt Berlin entgegengenommen.

A. M. FREY



DIE PFLASTERKÄSTEN

Unberechtigter Nachdruck verboten. Copyright 1929 by G. Klöpfer Verlag A.B. Berlin.

„Jawohl, Herr Oberarzt — und um ein Uhr kommt er dann glücklich“, murrte der Sergeant hinter dem Entleidenden drein. — „Sehen Sie, jetzt haben Sie's“, meinte er nicht ohne Mitgefühl.

„Ich hab' gar nichts, ich habe nur einen Wunsch —“ sagt Funk langsam. Er denkt an seinen Revolver, den er auf dem Verbandsplatz zurückgelassen hat. — Ich habe nur den Wunsch, den Kerl über den Haufen zu schießen. Sieh da, ich bin ins Feld gegangen mit dem festen Entschluß, niemals zu töten. Nun finde ich hier doch einen Feind, der mir das Blut in die Augen treibt!

Eigentlich macht er sich nur auf den Weg, um die Waffe zu holen und wieder umzukehren. Aber draußen angelangt mit ruhiger schlagenden Adern, muß er sich erst rapportieren-derweise und dankenderweise bei dem jungen Arzt melden, der ihm wohlwill. Er hat das Gefühl, jener ist mit ihm zusammen beschimpft und mißhandelt worden.

Dr. **Model** bekommt bei Funks knappen Bericht wieder seine finstere, seine unglückliche Miene. Dann sagt er heftig: „Herr Oberarzt **Lipp** irrt sich. Sie sind nicht in Ordnung. Und Sie machen vorerst den Trägerdienst nicht weiter. Sie machen leichteren Dienst. Ich werde bei nächster Gelegenheit mit Herrn Oberarzt über Sie sprechen. Jetzt schicken Sie mir den Unteroffizier **Vogel**.“

Vogel dirigiert die Krankenträgermannschaft hier draußen. Er teilt die Tragen ein, er regelt den Dienst.

Den abgehenden Funk ruft der Assistenzarzt zurück. Er will unsicher noch etwas richtigstellen, was offenbar gar nicht falsch steht. „Herr Oberarzt **Lipp** ist ein gerechter Vorgesetzter. Er ist nur — nur vielleicht etwas — überarbeitet.

Er meint es ganz sicher nicht schlecht mit Ihnen. Glauben Sie mir das.“

12.

Funk erhält vier Tage Schonung und für die Zukunft die Aufgabe, Unbrauchbare, die laufen können, aus der Stellung zu begleiten. Das bedeutet einen häufigeren Gang nach vorn, als ihn im Durchschnitt die anderen machen, aber die kleinere Körperanstrengung.

Immerhin, es bleibt genug übrig. — Die Nacht ist finster, ist so völlig lichtlos, daß man nicht weiß, wo Himmel und wo Erde ist. Es gilt zwei Leichtverletzte zu holen, daher ziehen sie mit saamen los: Funk und der Bauer **Billrot**.

Die Welt ist zugig, als stünden an allen unsichtbaren Horizonten ungeheure Tore offen, durch die zugleich die Schwärze in den Raum gerissen wird. Ein eisiger Regen sticht ins Gesicht und in die Hände bei Null Grad.

Gewehrfeuer knallt mit nassen Peitschen aus der Richtung, in die sie gehen müssen. Sie kommen bald in seinen Bereich, ohne noch den Laufgraben gewonnen zu haben, der sie auf den Kampfgraben zuführen soll. Sie tapfen über freies Feld; böseartig ist das Vorbeisingen der Geschosse.

Billrot sagt: „Sie schießen zu hoch; wenn wir gebückt gehen, sind wir sicherer.“

So schleichen sie in sehr beschwerlicher Haltung, dennoch hastig, erst durch den Brei einer zerfahrenen Straße, dann über Acker oder Wiesengrund, der nicht mehr weich ist und noch nicht gefroren. Er klebt in schweren, zähen Klumpen an den Stiefeln. Manchmal stoßen sie an Dinge, die ihnen völlig unbekannt bleiben, denn sie könnten sie nur gleich Blinden durch Abtasten erkennen.

Bei solchen Schwierigkeiten eine halbe Stunde sich tief gebückt dahinzubewegen, ist bloß einem Menschen möglich, der schreiend in seinem Inneren dagegen ankämpft, eine Kugel in den Kopf, in den Hals gejagt zu bekommen, sobald er aufrecht geht.

Schließlich stoßen sie auf einen Graben, nachdem sie wiederholt geglaubt haben, halbwegs geborgen zu sein, aber es sind immer nur Granatlöcher gewesen, in die sie gefallen sind. Sie fallen auch jetzt mehr hinunter, als sie hinabrin-

gen, denn sie erkennen ihn erst, wie sie mit einem Bein über seinen Rand hinausgeraten sind.

Aber sie wären auch bereit, sich kopfüber hinabzustürzen. Nur fort von dieser Fläche, über die unablässig der tödliche Schwarm eiserner Insekten hinschwirrt — hintob mit dem hohen, metallischen Klang verbissener Raserei.

Sie müssen in einen Graben geraten sein, der nicht mehr benutzt wird. Er steht voll Wasser. Das Lehmwasser hat eine Eisdicke, aber sie ist dünn. Sie brechen gleich durch und plumpsen bis zu den Knien ins Feuchte. Sie gehen in die Richtung, in der sie ihr Ziel glauben; jeder Schritt will erkämpft sein. So tapfen sie lange.

Leuchtkugeln, die der Engländer weißgrün, der Deutsche weiß in das gähnende Loch, in das Nichts des Himmels wirft, verwirren sie nur ärger. Ertlicht sinkend die Kugel, so ist es ringsum schwärzer denn je. Sie eräugen keine leiseste Spur mehr voneinander, obwohl sie hart beisammen sind.

Die Peitschenschläge der Infanterieschüsse klappen näher. Sie müssen manchmal nach ihren Körpern greifen, um zu wissen, daß sie einander nicht verloren haben.

Ihr Weg mündet auf einen Quergraben, das Wasser hört auf, sie treten trockneren Grund, sie müßten so gut wie angelangt sein — aber sie sind es nicht.

Das Grabenstück ist totes Geleise, vielleicht eine Fehlanlage, eine mißlungene oder aufgegebene Sache, bald führt es überhaupt nicht weiter, es endigt einfach.

Heraus müssen sie, den Schutz verlassen und dort hinter, schräg voran, wo die Raketen steigen. Dichter streichen die Geschosse der Engländer.

Sie schieben sich auf dem Bauch aus der Deckung und weiter durch lehmigen Grund. Wie lange wälzen sie so sich vorwärts? Eine Stunde? Sie finden den nächsten Graben nicht. Sie wagen nicht einmal den Kopf zu heben, sie wagen nicht zu atmen, ihre Lippen stoßen in den Schmutz, nicht etwa um diesen Boden zu küssen, eher um ihm zu fluchen — ihm, der keinen Trost mehr für sie hat. Da und dort schlägt kurz und heftig zischend der Tod neben ihnen ein, als wolle er sich rasend an ihre Seite betten.

(Fortsetzung folgt.)

